

## Lebenswerte Siebengebirgsregion e. V.



www.siebengebirgsregion.de

### Landtagswahl NRW

**Jürgen Maier**

Am 9. Mai wird in Nordrhein-Westfalen der Landtag neu gewählt. Die noch amtierende schwarz-gelbe Landesregierung ist in vielerlei Hinsicht ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten: Gewählt wurde sie 2005 aus zunehmendem Verdruss über die Schröder-Fischer-Bundesregierung. Kennen Sie diese beiden noch? Sie sind ja mittlerweile eher in Madame Tussauds Wachsfigurenkabinett anzutreffen als in der Tagespolitik. Danach kam die Große Koalition in Berlin – auch schon Geschichte. Nur Rüttgers, Pinkwart und Papke sind immer noch da – im Land hatten die Wählerinnen und Wähler ja schon lange keine Gelegenheit mehr, an dieser Regierung aus längst vergangenen Zeiten etwas zu ändern.

Seitdem ist es mit NRW abwärts gegangen. Das war schon unter Clement so. NRW war mal die Wirtschaftslokomotive Deutschlands, lange ist es her, als die Schlotte noch

rauchten und rauchende Schlotte mit Wohlstand gleichgesetzt wurden. Die Welt-Wirtschaft hat sich seitdem gründlich gewandelt, rauchende Schlotte sind inzwischen selbst in China ein Zeichen für Rückständigkeit, und auch in NRW brachen die alten kohlelastigen Schwerindustrien weg. An die 100 Milliarden Euro hat der deutsche Staat seitdem in die Subventionierung der Steinkohleindustrie gesteckt und noch bis 2018 soll das so laufen. Statt den Strukturwandel aktiv gestalten, wollten Kühn, Rau, Clement, Rüttgers & Co. ihn verhindern – so etwas hat noch nie funktioniert. Heute kann das Ruhrgebiet nur noch davon träumen, wenigstens zum wirtschaftlichen Niveau Magdeburgs, Leipzigs oder Dresdens aufzuholen. Von Stuttgart, München oder Hamburg wollen wir gar nicht reden.

Für diese überholte strukturkonservative Politik steht die NRW-SPD. Die NRW-CDU aber auch. Zukunftsorientierte Unternehmen mussten den Strukturwandel gegen Landesregierungen durchziehen statt mit ihrer Unterstützung. Von der Solarfabrik Gelsenkirchen, einst ein Vorzeigeprojekt, redet heute niemand mehr – die Solarindustrie produziert heute in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Sachsen. Die Windenergie wird in Düsseldorf mit restriktiver Landesplanung offen bekämpft, kein Wunder dass im »EnergieLand NRW« kein einziges Windrad produziert wird. Die kommen heute aus Niedersachsen oder Sachsen-Anhalt, oder aus Dänemark.

Neuestes Kapitel in diesem tragischen Epos des wirtschafts- und umweltpolitischen Versagens ist die harsche Reaktion der CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag auf den Vorstoß eines breiten Bündnisses von Umweltverbänden und anderen gesellschaftlichen Kräften für ein NRW-Klimaschutzgesetz, mit dem die Treibhausgasemissionen des Landes bis 2050 um 95% reduziert werden sollen. Die schwarz-gelbe Koalition sieht darin nur eine Initiative, ihren Versuch zu vereiteln, den Kohlekraftwerks-Schwarzbau Datteln nachträglich zu legalisieren.

Mehr als ein Drittel der deutschen Treibhausgasemissionen kommen aus NRW, das Pro-Kopf-Emissionsniveau liegt doppelt so hoch wie das der Bundesrepublik. Ohne eine ernstzunehmende Klimapolitik in NRW wird Deutschland seine Klimaziele nicht erreichen können, das scheint aber der jetzigen Landesregierung egal zu sein.

Für die FDP ist die Initiative ein »Anschlag auf das Industrieland NRW« (Dietmar Brockes, energiepolitischer Sprecher), für die CDU macht NRW schon die »ambitionierteste Klimapolitik aller Zeiten« (Oliver Wittke, wirtschaftspolitischer Sprecher). Wer derartig haltlose Behauptungen verbreitet, disqualifiziert sich selbst: Schaut man sich im Düsseldorfer Landtag um, bietet sich ein schauriges Bild. Im Möchtegern-EnergieLand NRW sitzt im Landtag so gut wie niemand, der grundlegende Sachkenntnis von Energiepolitik hat. Bei der CDU ist Christian Weisbrich im Fraktionsvorstand für die Energiepolitik zuständig. Er hält den Klimawandel für eine Folge von Sonnenfleckenaktivitäten. Der

SPD fällt zu Energiepolitik im wesentlichen nur ein, die Kohlesubventionen in alle Ewigkeit zu verlängern. Wer in NRW in der SPD (wie auch in der FDP oder CDU) energiepolitisch halbwegs auf der Höhe der Zeit ist, hat längst die Flucht in den Bundestag angetreten wie Ulrich Kelber und Marco



Alternative Energien, zukunftsfähige Jobs?  
Mit den meisten NRW-Landespolitikern nicht!

Bülow (SPD), Norbert Röttgen (CDU) und Michael Kauch (FDP).

Den Vogel schießt wieder mal FDP-Fraktionschef Gerhard Papke aus dem Rhein-Sieg-Kreis ab. Noch vor der letzten Landtagswahl erklärte er dem Generalanzeiger, die Bekämpfung der Windenergie sei sein wichtigster Beitrag zur Umweltpolitik – Papke ist ein ideologischer Jünger Möllemanns und offensichtlich komplett ahnungslos über die energiepolitischen Realitäten des Jahres 2010.

Stillstand und Rückschritt kennzeichnen auch die Verkehrspolitik. Peinlich genug war die Episode des rasenden Verkehrsministers Wittke, der seinen Führerschein als Verkehrsrowdy verlor und dies selbst seinem Chef Rüttgers verheimlichen wollte. Von der Statur der Bischöfin Käsmann ist er Lichtjahre entfernt und treibt daher im Landtag immer noch als wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion sein Unwesen. Schon die Clement-Steinbrück-Regierungen vor 2005 glänzten im wesentlichen durch verkehrspolitische Einfallslosigkeit, ihre »Leuchtturmprojekte« à la Transrapid und Metrorapid durchs Ruhrgebiet gingen ebenso als Treppenwitz in die Geschichte ein wie jetzt die Versuche Rüttgers, nicht mehr konkurrenzfähige Autowerke im Ruhrgebiet zu halten. Die Mobilität der Zukunft sieht für die große Mehrheit der Landespolitiker aus wie die Mobilität der Vergangenheit: weiter Flächen für überflüssige Straßen zubetonieren, den ÖPNV kaputtsparen und über steigende Benzinpreise jammern. Die Zukunftsprojekte der Mobilität laufen derweil woanders, in Städten wie Karlsruhe oder Freiburg oder im Ausland.

Die Landtagswahl im Mai wird das traurige Bild der NRW-Landespolitik nicht grundlegend ändern können. Aber verglichen mit der jetzigen Regierung kann es nur besser werden: Wenn die Möllemänner in die Opposition müssen und es keine Koalition der schwarzen und roten Strukturkonservativen miteinander gibt, kann es eigentlich nur noch aufwärts gehen. NRW braucht endlich eine Landesregierung, die die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zumindest erkennt. Ob sie sie erfolgreich anpacken kann, wird man dann sehen.

# BIO-BAU

Bonn

Bauen & Wohnen im Einklang mit der Natur

An der Margarethenkirche 31  
53 117 Bonn - Graurheindorf  
Tel. 0228 - 693999, www.biobaubonn.de